

Potsdam, d. 20.06.2023

## **Top 7: Zusätzliche Mittel für das Kommunale Investitionsprogramm Bildung bereitstellen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 7/7873

### **Rede der Sprecherin für Bildungspolitik Kathrin Dannenberg**

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Auf den Bühnen der Europa- und Bundespolitik mussten wir in den letzten Tagen mit Entsetzen zuschauen, wie sich das Prinzip der Abschottung und Entrechtung von Schutzsuchenden durchsetzt.

- Ampel und EU haben sich mit dem am 8. Juni 2023 getroffenen Beschluss zum Asylkompromiss von einer an den Menschenrechten orientierten Asylpolitik verabschiedet.
- Damit verwehren wir Menschen, die an den Grenzen der EU um Schutz nachsuchen, weil die Bedingungen in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Leben schlichtweg unmöglich machen, den Zutritt.
- Diese Menschen flüchten nicht aus Spaß! Die furchtbaren Ereignisse der letzten Tage zeigen es wieder: Die Not ist so groß. Sie machen sich unter den schrecklichsten Bedingungen auf den Weg über die hochriskante Mittelmeerroute, mit dem Wissen, dass dieser Weg für Tausende tödlich endete. Immer wieder wagen Menschen in kleinen Booten die gefährliche Überfahrt nach Europa. Nach UN-Angaben starben nur in diesem Jahr bereits mehr als 670 Flüchtlinge im zentralen Mittelmeer.
- Ohne mit der Wimper zu zucken, wird nun mit Menschen in solch gravierenden Notsituationen künftig an der EU-Außengrenze kurzer Prozess gemacht, für Monate weggesperrt. Faire Asylverfahren sind unter diesen Umständen nicht mehr zu erwarten. Und das trifft Männer, Frauen und Kinder.
- Anstatt Geld in gigantische Knäste zu investieren, braucht es andere Wege. Nämlich uns zu einer modernen Zuwanderungsgesellschaft zu entwickeln, der es gelingt, Menschen, die schon hier sind und zu uns kommen, so aufzunehmen und zu bilden, dass sie gemeinsam mit uns Zukunft gestalten können.
- Und Bildung fängt eben genau in Kitas und Schulen an. Kinder brauchen Platz zum Spielen, zum Lernen. Seit Monaten drängen Städte- und Gemeindebund und Landkreistag darauf, dass das Land und der Bund in den Bau von Kita- und Schulplätzen investiert. Und ich betone - es geht hier um alle Kinder, ob aus Brandenburg, Berlin, der Ukraine, Syrien oder egal woher. Allein ist die Situation für die Kommunen nicht zu stemmen. Die zur Verfügung gestellten Landesmittel reichen hinten und vorne nicht aus...

Daher stellt die Linksfraktion erneut den folgenden Antrag:

Wir fordern die Landesregierung auf, die Förderprogramme im Rahmen des KIP II - Bildung finanziell um mindestens 220 Mio. Euro aufzustocken. Die dafür notwendigen Landesmittel sind aus dem Brandenburg-Paket bereitzustellen.

Insgesamt sind aus dem Zukunftsinvestitionsfond des Landes BB 90 Mio. Euro zur Umsetzung des KIP II Bildung bereitgestellt worden. (20 Mio. für Kita, 70 Mio. für Schule)

- Fakt ist: Mit Antragsfrist zum 31. Juli 2022 sind 744 Anträge auf Zuwendung im Bereich Kita gestellt. 442 Anträge wurden bewilligt mit einer Zuwendung in Höhe von insgesamt rd. 14,6 Mio. Euro.

- Nach Ablauf der Antragsfrist am 30. Juni 2022 im Bereich Schule liegen insgesamt 168 Anträge mit einer beantragten Zuwendung in Höhe von rd. 670,5 Mio. Euro vor. Nach aktuellem Stand werden voraussichtlich 65 kommunale Schulträger eine Förderung erhalten.

Damit sind beide Förderprogramme um ein Mehrfaches überzeichnet!

- Wir sehen, wie hoch die Bedarfe sind!
- Wollen wir von Landesseite zuschauen?
- Wollen wir zulassen, dass unsere Kinder nicht ausreichend Kita- und Schulplätze zur Verfügung gestellt werden? Dann reden Sie nicht von einem familienfreundlichen Brandenburg.
- Es ist unsere Pflicht zu handeln! Investitionen in unser stattliches Bildungssystem sind dringend notwendig.

Oder zielen diese Koalition und die Landesregierung darauf ab, dies zukünftig privaten Investoren zu überlassen?

Der Städte- und Gemeindebund äußert in seinem Grundsatzpapier vom 16.2.23 zur Aufnahme, Betreuung und Integration Geflüchteter - sicher aus der Not heraus- Zitat: „Die zusätzlichen Investitionsbedarfe lassen sich nicht mit eigenen Mitteln abdecken. Kurzfristig kann auch die Genehmigung von privaten Schulen zur Entlastung beitragen.“

Nun, wo soll die Fahrt hingehen, werte Kolleg\*innen der Koalition?

Es scheint so zu sein, dass sich zunehmend Schulträger der Verantwortung entledigen, lieber private Träger Schulen bauen lassen. Potsdam-Mittelmark lässt die Hoffbauer Stiftung ran. In Glindow entsteht ein Campus von 31 Mio Euro. 15 Mio zahlt der Kreis, 40 % der Baukosten will Werder übernehmen. In der Ecke Klein Machnow, Teltow entstehen weitere Freie Schulen. Kürzlich war ich in Gosen Neu Zittau, zu einer Bildungskonferenz im Podium. Die fand auf einem Schulcampus statt. Freier Träger. Fantastische Ausstattung, ich sag Ihnen – eine Aula - mit Technik vom Feinsten. Platz für Kinder und Jugendliche- alles vorhanden. Während in die zuständige weiterführende stattliche Schule in Erkner (Morus OS) vor sich her dümpelt und der Schulträger anscheinend nicht allein in der Lage ist, eine neue Schule zu bauen. Die Eltern zahlen 350 Euro Schulgeld - pro Monat. Familien legen zusammen; sparen sich das vom Munde ab.

Ist doch doll, oder?

Nein, das ist traurig und unverantwortlich! Wenn wir nicht in die staatliche Bildungsinfrastruktur investieren, tragen Sie die Schuld, wenn die Schere zwischen den Kindern weiter auseinandergeht. Machen Sie die Augen auf.

Stimmen Sie unserem Antrag zu!